

31
78

Union in Deutschland

Bonn, den 14. September 1978

Ein trauriges Schauspiel

Das von der Bundesregierung vorgelegte Steuerpaket reicht nicht aus, um der deutschen Wirtschaft jene belebenden Impulse zu geben, ohne die die Konjunkturlage bedrohlich und ein nennenswertes Wirtschaftswachstum lediglich die Hoffnung des Bundeskanzlers bleibt. Die Erwartungen, die Schmidt an das Ergebnis des Bonner Wirtschaftsgipfels geknüpft hat, verrinnen ihm unter den Händen.

Dies stellte Helmut Kohl vor dem Bundesvorstand am 12. September im Bonner Konrad-Adenauer-Haus fest. Beratungspunkte waren: die aktuelle politische Lage, die bevorstehenden Landtagswahlen und die Vorbereitungen auf den 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen. Seit dem letzten Wochenende ist nichts mehr an der Steuervorlage der Regierung sicher. Die Koalition bietet ein trauriges Schauspiel:

1. Jetzt weiß niemand mehr, ob die arbeitsplatzfeindliche Lohnsummensteuer wegen der erst fehlenden, dann unzureichenden Ausgleichsregelung überhaupt noch verwirklicht werden wird.

2. Gegen die Mehrwertsteuererhöhung als Ausgleich für Korrekturen in der Einkommensteuer wenden sich neben der CDU/CSU jetzt auch Teile der SPD.

Weiter auf Seite 2

■ PARTEITAG

Ablauf des 26. Bundesparteitages 23./25. 10. 1978 in Ludwigshafen

Seite 3

■ Bahr

Der SPD-Bundesgeschäftsführer bietet zur Zeit ein Bild blindwütiger Rundumverteidigung

Seite 7

■ LANDES- PARTEITAGE

Hessen: Die Wende ist fällig
Westfalen: Änderungsanträge zum Grundsatzprogramm

Baden-Württemberg: Jetzt den Blick nach vorn richten

Seite 11/15

■ DOKUMENTATION

Gesundheit in Freiheit und Solidarität / Schwerpunkte des gesundheitspolitischen Programmes

grüner Teil

■ UiD-EXTRA

Handbuch für die Innenpolitische Argumentation

gelber Teil

■ ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT

Gesamtangebot

rosa Teil

3. Die dringend notwendige Beseitigung des ungerechten Tarifsprungs stößt in der SPD auf Widerspruch.

Der Streit in der SPD um die Einkommensteuer zeigt einmal mehr, daß diese Partei ideologisch zerrissen ist und die Auseinandersetzungen über Sachfragen in den überholten Denkmustern des Klassenkampfes stattfinden. Einigende Klammer der in sich gespaltenen SPD ist bisher der Wille gewesen, die Macht zu erhalten.

Der Steuerstreit der SPD zeigt aber auch, daß selbst diese Klammer brüchig wird und erstmals nicht nur einige Linke, sondern ein wichtiger Teil der SPD Helmut Schmidt aus ideologischen Gründen die Gefolgschaft verweigern. Schmidt hat längst die Kraft verloren, seine Partei mit seiner Politik zu überzeugen, und immer häufiger müssen Brandt, Bahr und Wehner zum Mittel der Diffamierung des politischen Gegners greifen, um von der tiefen Kluft zwischen Schmidt und seiner Partei abzulenken. Ein Bundeskanzler, der sich noch nicht einmal der Unterstützung seiner Partei in zentralen Vorhaben seiner Politik sicher ist, ist zur Erfolglosigkeit verurteilt.

Auf die jüngste außenpolitische Kontroverse um Egon Bahr eingehend, erklärte Helmut Kohl, der Bundeskanzler habe bisher tatenlos zugesehen, wie der Bundesgeschäftsführer seiner Partei immer wieder die Grundlinien der deutschen Außenpolitik in Frage stelle. Es reiche nicht aus, daß der FDP-Vorsitzende, Außenminister Genscher, sich bemühe, in demonstrativen Erklärungen dieses Gedankenspiel von Bahr zurückzuweisen. Es schadet den deutschen Interessen, wenn der Bundeskanzler seiner Aufgabe nicht nachkommt, die Richtlinien der deutschen Außenpolitik aus dem Zwielicht herauszuholen, in das sie von führenden Politikern seiner Partei gerückt wurden.

Berlin: Wende mit Richard von Weizsäcker

Der Bundesvorstand der CDU begrüßte die Kandidatur ihres Mitgliedes Richard von Weizsäcker für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und sagte jede Unterstützung zu, damit die CDU nach Jahrzehntelanger Herrschaft der SPD in Berlin eine Wende zum Besseren herbeiführt. Unter dem Beifall des Bundesvorstandes dankte Helmut Kohl Peter Lorenz für die in Berlin geleistete Arbeit, die die CDU zur stärksten Partei in Berlin gemacht habe. Peter Lorenz habe seine Person immer hinter die gemeinsame Sache gestellt und werde an der Seite von Richard von Weizsäcker den Wechsel in der Regierungsverantwortung in Berlin herbeiführen.

Auf die Landtagswahlkämpfe in Hessen und Bayern eingehend, unterstrich Helmut Kohl die gute Chance der Unionsparteien. Die CDU Hessen habe einen großartigen Wahlkampfaufakt zustande gebracht, und es gelte jetzt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die regierungsfähige Mehrheit in Hessen zu erreichen. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands werde Alfred Dregger mit aller Kraft dabei unterstützen, die liberale Erneuerung in Hessen herbeizuführen.

Ablauf des 26. Bundesparteitages in Ludwigshafen

Sonntag, 22. Oktober 1978

Präsidium
Bundesvorstand
Treffen der Vereinigungen
Empfang für die Presse
Treffen der Landesverbände

Montag, 23. Oktober 1978

9.00 Uhr
Ökumenischer Eröffnungs-
gottesdienst in der Friedenskirche,
Ludwigshafen-Friesenheim

10.30 Uhr 1. Plenarsitzung
Eröffnung durch den Partei-
vorsitzenden
Wahl des Tagungspräsidiums
Beschlußfassung über die
Tagesordnung
Bestätigung und evtl. Ergänzung
der vom Bundesvorstand
eingesetzten Antragskommission
Wahl der
Mandatsprüfungskommission

Grußworte
Oberbürgermeister
Dr. Werner Ludwig
Vorsitzender des Landes-
verbandes Rheinland-Pfalz
Ministerpräsident
Dr. Bernhard Vogel

Bericht des Parteivorsitzenden
(Der Bericht der CDU/CSU-Fraktion
wird schriftlich vorgelegt)

14.00 Uhr 2. Plenarsitzung
Bericht des Generalsekretärs
Aussprache zu den Berichten

Bericht der
Mandatsprüfungskommission

19.00 Uhr
Rheinland-Pfalz-Abend

Dienstag, 24. Oktober 1978

9.00 Uhr 3. Plenarsitzung

Grußworte
Einführung in die Beratungen des
Entwurfs für ein Grundsatzprogramm
— Antrag des Bundesvorstandes —
Dr. Heiner Geißler

Beratungen des Entwurfs
für ein Grundsatzprogramm

14.00 Uhr 4. Plenarsitzung

Fortsetzung:
Beratung des Entwurfs für ein
Grundsatzprogramm

19.00 Uhr 5. Plenarsitzung

Fortsetzung:
Beratung des Entwurfs für ein
Grundsatzprogramm

Mittwoch, 25. Oktober 1978

9.00 Uhr 6. Plenarsitzung

Grußworte
Fortsetzung:
Beratung des Entwurfs für ein
Grundsatzprogramm

Schlußabstimmung über den Entwurf
des Grundsatzprogramms

Anträge auf Änderungen
des Bundesstatuts

Sonstige Anträge

Schlußrede des Parteivorsitzenden

■ INFORMATION

Gesundheitspolitisches Programm verabschiedet

Das Präsidium der CDU hat ein gesundheitspolitisches Programm der Partei verabschiedet, das als „Kontrastprogramm“ zu den Plänen der SPD für ein integriertes Gesundheitssystem zu bewerten ist. Generalsekretär Heiner Geißler sprach von einem Beitrag zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens in Freiheit und Solidarität. Der Kieler Staatssekretär Professor Beske, der den Bundessachausschuß Gesundheitspolitik der CDU leitet und unter dessen Federführung das Programm in fast vierjähriger Arbeit entstanden ist, sagte, daß das Programm der pluralistischen Gesellschaftsordnung den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft, dem Grundsatz der freien Arztwahl und der freiberuflichen Berufsausübung sowie dem gegliederten Gesundheitswesen Rechnung trage. In integrierten Versorgungssystemen — wie es die SPD wünscht — würden praktisch die freie Arztwahl und die Niederlassungsfreiheit aufgehoben, die freie Entfaltungsmöglichkeit der Beteiligten und die Vielfalt der Planungsträger durch zentrale Planung ersetzen (siehe auch Dokumentation „Gesundheit und Freiheit in Solidarität“ in dieser Ausgabe, Grüner Teil).

Gemeinsam mit der DC

Generalsekretär Heiner Geißler sprach am 2. September 1978 auf einer Großveranstaltung der Democrazia Cristiana in Pescara, auf der die europäischen Christlichen Demokraten den Europawahlkampf eröffneten. Sowohl Heiner

Geißler als auch der Präsident der Europäischen Volkspartei, Leo Tindemanns, sowie der neu gewählte Parteipräsident der Democrazia Cristiana, Flaminio Piccoli, und der Generalsekretär der DC, Benigno Zaccagnini, bezeichneten es als das Ziel des Europawahlkampfes, ein freiheitliches, pluralistisches Europa zu sichern und erteilten der Parole des stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, François Mitterand, „Europa wird sozialistisch oder nicht sein“ eine klare Absage.

Heiner Geißler bezeichnete es als erforderlich für einen erfolgreichen Wahlkampf, daß die beiden größten christlich-demokratischen Parteien Europas und der Welt, die CDU und die Democrazia Cristiana, ihre Zusammenarbeit verstärken und zu einer kontinuierlichen Beratung der politischen Ziele kommen. Es wurde vereinbart, daß noch in diesem Jahr die 1977 eingerichtete gemeinsame Kommission der beiden Parteien in Bonn zusammentritt.

Weniger Kinder — weniger Kosten?

Mit Nachdruck hat der rheinland-pfälzische Sozialminister Gölter (CDU) eine kinderfreundlichere Familienpolitik in der Bundesrepublik mit dem Ziel gefordert, den Bevölkerungsstand zumindest zu halten. In einer in Bonn vorgelegten Dokumentation „Weniger Kinder — weniger Kosten?“ zur Bevölkerungsentwicklung kommt Gölter zu dem Ergebnis, daß von 1975 bis 1990 die deutsche Bevölkerung der Bundesrepublik um mehr als drei Millionen Menschen auf unter 55 Millionen zurückgehen wird. Die Einsparung der Ausgaben im Sozialbereich durch den Geburtenrückgang sei trügerisch. Die öffentliche

Hand spare dadurch zwar kurzfristig bis zu 14 Milliarden jährlich ein, dauerhafte Erleichterungen brächten jedoch die so gesparten Milliarden nicht. Es müßten so rasch wie möglich Bedingungen geschaffen werden, unter denen die Bevölkerung bereit sei, ihr „generatives Verhalten“ zu ändern. Die Freiheit der Eltern, über die Zahl ihrer Kinder in eigener Verantwortung zu entscheiden, müsse aber gewahrt bleiben.

Eine aufschlußreiche Untersuchung der Schulbücher

Schon seit Jahren sind die Soziale Marktwirtschaft und speziell die Unternehmer Gegenstand planmäßiger, oft bösartiger Kritik, erklärten auf einer Pressekonferenz des Wirtschaftsrates der CDU in Bonn dessen Vorsitzender Philipp von Bismarck und der Vorsitzende der Kommission Soziale Marktwirtschaft im Wirtschaftsrat, Theodor Althoff. Verse, Lieder und Karikaturen dienen dazu, ein Zerrbild unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu entwerfen. Die Jugend ist ein bevorzugtes Zielfeld. Daher entschloß sich der Wirtschaftsrat, diesen Bereich näher zu erkunden und ließ Schulbücher untersuchen. Die Befunde, die dabei zutage kamen, bestätigten in teilweise erschreckenden Beispielen, was Kenner der Materie vorhergesagt hatten: Mit den Mitteln der Verfälschung, der Unausgewogenheit, des Weglassens, der Herabsetzung und der Beschimpfung wird tendenziöse Pädagogik betrieben. Die Beispiele erheben nicht den Anspruch, repräsentativ für die Gesamtheit der Schulbücher zu sein. Sie sind zusammengetragen worden unter dem Gesichtspunkt: Wie werden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung dargestellt? Das Ergebnis wird manchen erschrecken.

Exemplare der Broschüre „Gefährliche Tendenzen in Schulbüchern — eine Folge der Emanzipations-Theorie?“ können beim Wirtschaftsrat der CDU e. V., 5300 Bonn, Fritz-Schäffer-Straße 13, angefordert werden. Die Schutzgebühr beträgt 3,50 DM plus Mehrwertsteuer und Versandspesen.

CDU mahnt Vetter

Der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter ist von der CDU nachdrücklich aufgefordert worden, auf seine beabsichtigte SPD-Kandidatur bei der Wahl zum Europäischen Parlament Mitte nächsten Jahres zu verzichten. Generalsekretär Heiner Geißler äußerte „große Sorge“ über dieses Vorhaben. „Beunruhigt“ sind insbesondere die CDU-Sozialausschüsse, wie deren Vorsitzender Norbert Blüm in einem Brief an Vetter zum Ausdruck bringt. Blüm erinnert daran, daß auch frühere DGB-Vorsitzende sich an Wahlkämpfen einer Partei nicht als Kandidaten beteiligt haben. „Diese Ge pflogenheit hat den Zusammenhalt im DGB erleichtert.“

Trotz aller auch in der Öffentlichkeit ausgesprochenen Mahnungen hat der DGB-Vorsitzende inzwischen seine Absicht bekräftigt, als SPD-Abgeordneter für das Europa-Parlament zu kandidieren.

Peinliches Gemurmel

Jeder Schüler in der Bundesrepublik lernt das Deutschlandlied, manche alle drei, manche nur die dritte Strophe. Nun stellt sich nach Angaben des CDU-MdB Wilfried Böhm bei den Rekruten der Bundeswehr heraus, daß sie vielfach den Text der Nationalhymne nicht kennen und der Gesang nur ein „peinliches Gemurmel“ hergibt. Böhm verweist auf das Ergebnis einer Umfrage

bei den Kultusministern, derzufolge in jedem Bundesland das Deutschlandlied in unterschiedlicher Form in den Lehrplänen auftaucht. Zumindest ist das Auswendiglernen der dritten Strophe überall Pflicht. Damit jedoch wieder beim Gesang ein „klares Bekenntnis zu Einigkeit und Recht und Freiheit“ zu hören sei, fordert Böhm erneut einen verbindlichen Auftrag an die Lehrerschaft, die Bedeutung der deutschen Hymne an die Schüler zu vermitteln.

Hausfrauen nicht länger benachteiligen

Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Hausfrauen hat die stellvertretende Bundesvorsitzende, Hanna-Renate Laurien, in Mainz gefordert. Vor dem Landestag der CDU-Frauenvereinigung Rheinland-Pfalz sprach Frau Laurien von einer „bestürzenden Benachteiligung“ der rund 14,7 Millionen Hausfrauen in der Bundesrepublik, weil die geltenden Steuergesetze bisher in keiner Weise die Arbeit dieser Frauen zur Kenntnis nähmen. Sie verlangte, daß Hausfrauen in Zukunft Fortbildungskosten in ihrem Beruf steuerlich absetzen können. Familien mit drei und mehr Kindern müßten auch Sachkosten, wie Haushaltmaschinen, abschreiben können.

Der Städtetag lehnt ab

Der Deutsche Städtetag hat das von der Bundesregierung vorgelegte Modell zum Ausgleich der Verluste, die den Gemeinden bei Abschaffung der Lohnsummensteuer entstehen, abgelehnt. Der Städtetag begründet seine ablehnende Haltung mit der Schmälerung der Finanzhoheit der Kommunen und den Auswirkungen auf die Wirtschaft. Wörtlich heißt es in der Stellungnahme:

„Die bei einer Abschaffung der Lohnsummensteuer zum Ausgleich von 50 Prozent der Ausfälle geforderte Anhebung der Gewerbesteuern nach Ertrag und Kapital bringt für einen Teil der Wirtschaft erhebliche zusätzliche Belastungen, und zwar schwerpunktmaßig bei mittelständischen Betrieben.“ Der Städtetag erinnert in diesem Zusammenhang an seine alte Forderung, die Gewerbesteuerumlage — der Anteil des Bundes und der Länder an der Gewerbesteuer — zu senken. Dadurch ließe sich die Steuerlast der Wirtschaft „bun desweit und unkompliziert“ verringern.

Für besseren Küstenschutz

Verbesserte Maßnahmen zum Schutz deutscher Küsten und Meeresgebiete vor Ölverschmutzung hat die Arbeitsgruppe Küstenschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefordert. Ihr Vorsitzender Wolfgang von Geldern verlangte ein Seeverkehrs-Kontrollsysteem über Funkbrücken und regte ein Programm zur Beseitigung von Schiffswracks entlang der Tankerrouten an.

40 Mark Buße für Gurtmuffel zu hoch

Die Unionsparteien sind nicht grundsätzlich gegen die zum 1. April 1979 vorgesehene Einführung eines Verwarnungsgeldes für das Nichtanlegen von Sicherheitsgurten. Der verkehrspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Dieter Schulte, erklärte dazu, die gebührenpflichtige Verwarnung für Gurtmuffel sei ein vernünftiger Kompromiß zwischen Straffreiheit und Eintragung in die Flensburger Kartei, doch sei der Betrag von 40 Mark zu hoch. Dringend notwendig sei eine Aufklärung über die zivilrechtlichen Folgen des Nichtanschnallens bei einem Unfall.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

Egon Bahr und die Wahrheit

SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr bietet zur Zeit ein Bild der Ungeschicklichkeit und blind-wütigen Rundumverteidigung, das erstaunen läßt. In dem hektischen Bemühen, aus der eigenen Bedrängnis heraus Gegenoffensiven zu starten, unterstellt Bahr der CDU, sie habe einen amerikanischen Journalisten mit Material über Pläne des SPD-Bundesgeschäftsführers zur Neutralisierung Deutschlands versorgt und das „ausländische Mißtrauen gegenüber der Außenpolitik der Bundesregierung bestellt“.

Über diese absurden Äußerungen könnte man kopfschüttelnd zur Tagesordnung übergehen, wenn sich hinter ihnen nicht eine Geisteshaltung verborgen würde, die Anlaß zur Sorge gibt. Offenbar ist dem SPD-Bundesgeschäftsführer konspiratives Denken und Tun so zur zweiten Natur geworden, daß er sich ein anderes Handeln kaum noch vorstellen kann.

Die Dreistigkeit von Egon Bahr nimmt Formen an, die einem die Sprache verschlagen kann! So reagierte die Bundestagsfraktion auf eine Mitteilung des SPD-Bundesgeschäftsführers während einer SPD-Wahlveranstaltung in Mainhausen (Hessen). Dort hatte Bahr erklärt, er rechne schon in den nächsten Tagen mit einem positiven Ende der Bonner Affäre um die beiden spionageverdächtigen SPD-Mitglieder Uwe Holtz und Joachim Boudre-Gröger. Diese Ein-

schätzung wollte Bahr angeblich aus einem Gespräch mit den Ermittlungsbehörden gezogen haben.

Derselbe Mann, der seit Tagen sich lauthals über angeblich unverantwortliche Veröffentlichungen zu anhängigen Spionageermittlungen empört und Journalisten wie staatliche Stellen der Verschwörung verdächtigt, zieht durchs Land und verkündet unter Berufung auf die Bundesanwaltschaft das bevorstehende Ende der Ermittlungsverfahren, stellt die Fraktion fest.

Es ist schon bemerkenswert genug, daß zwar wegen der Verbreitung der Meldung Anzeige erstattet wird, Bahr habe seinen Referenten vorab vom Verdacht gegen ihn informiert, daß aber von einer Anzeige wegen solcher Information selbst nicht die Rede ist.

Ein Sprecher der Bundesanwaltschaft bekräftigte auf Anfrage, daß Bahr über die Ermittlungen der Behörde nicht informiert wurde. Bahr werde auch künftig keine Auskunft von der Bundesanwaltschaft in der Sache Pacepa erhalten. Die Ermittlungsergebnisse würden bekanntgegeben, sobald dies ohne Beeinträchtigung des Verfahrens möglich sei.

Zu einem Gespräch Bahrs mit dem „Spiegel“ (11. September 1978) erklärte MdB Friedrich Zimmermann: Egon Bahr gibt jetzt das zu, was er bis in die letzten Tage energisch bestritten hat. Ganz offensichtlich hat er durch die jüngsten öffentlichen Diskussionen, die es über seine Politik gibt, erkannt, daß

seine Geheimdiplomatie von den westlichen Partnern endgültig durchschaut wird. Egon Bahr fühlt sich ertappt. Deshalb tritt er die Flucht nach vorne an. Im Stil des Gesprächs bleibt er ganz und gar bei der „Bahrheit“. Er behauptet, es gebe keinen neuen Plan, und im gleichen Atemzug legt er seinem Gesprächspartner einen neuen Bahr-Plan vor.

Zitat:

„Nach den Wahlen war eine politische Entscheidung gefallen, die es ermöglichte, dem allgemeinen Grundsatz Rechnung zu tragen, daß, wenn möglich, in der Demokratie und in der Politik die Wahrheit gesagt werden soll. Denn die Mehrheiten waren nicht so, daß sie es zugelassen hätten, die Wahrheit zu sagen . . .“ (Beifall bei der SPD).

Egon Bahr am 24. Januar 1973 im Deutschen Bundestag (Debatte über Ostpolitik)

Eine Woche vor diesem „Spiegel“-Interview hatte Egon Bahr, direkt und ohne Abstimmung und Einschaltung von Außenminister Genscher, an die amerikanische Regierung eine Anfrage gerichtet, ob dort Informationen darüber vorlagen, daß er die Bundesrepublik Deutschland aus der NATO herauslösen wolle. Hierzu MdB Werner Marx:

Natürlich wußte Egon Bahr von vornherein, daß niemals eine Regierung öffentlich zu geheimdienstlichen Erkenntnissen oder Mutmaßungen Stellung nimmt. Natürlich mußte und konnte er davon ausgehen, daß keine Regierung auf solche Art feingesponnene Suggestion — die nur eine ganz bestimmte aktuelle und die Vergangenheit auslassende Fragestellung enthält — eine offene Antwort gibt und sich damit gar in

innenpolitischen Streit eines anderen Landes einmischt.

Nun hat die US-Botschaft in Bonn den erwarteten und erbetteten Persilschein geliefert. Aber Bahr weiß selbst am besten, was das bedeutet und was es nicht aussagt. Er weiß am besten, wie in den Vereinigten Staaten seine politische Haltung, seine experimentellen Gedankenspiele, seine „Bahr-Papiere“, die er immer zuerst abgestritten und dann doch zugegeben hat, eingeschätzt werden.

Bahr wird wissen, daß die Befürchtungen des US-Sicherheitsberaters Brzezinski (um nur diesen zu nennen), die Bundesrepublik Deutschland könnte sich selbst „finnlandisieren“, gewiß nicht auf die CDU/CSU, wahrscheinlich auch nicht auf die Hinterbänkler der SPD, sondern auf die Beharrlichkeit gezielt sind, mit der er selbst seit Jahren das Vertrauen in die Standfestigkeit der Amerikaner und der NATO herabsetzt und Wandel in der politischen Substanz bei uns durch Annäherung an die sowjetischen Vorstellungen und an die Philosophie eines Neutralismus sieht.

Gefahr von links ist größer geworden

Die größte Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik geht nach Berichten des Verfassungsschutzes nach wie vor von Linksextremisten aus. Obwohl Rechtsextremisten in der jüngeren Vergangenheit häufiger von sich reden gemacht haben, hat die Zahl ihrer organisierten Anhänger eher ab- als zugenommen. Dies ergibt ein Überblick der Deutschen Presse-Agentur (dpa) an Hand von Verfassungsschutzberichten aus mehreren Bundesländern für das vergangene Jahr.

■ KOALITION

Bremer Finanzsenator weicht linkem SPD-Flügel

Der Bremer Finanzsenator Karl-Heinz Jantzen (SPD) ist von seinem Amt zurückgetreten. Als Gründe gab der Senator, der dem rechten Flügel der Bremer SPD zugerechnet wird, starke physische Belastungen an, die sich auch bis in den familiären Bereich auswirken. Außerdem ertrage er in der gesamten politischen Entwicklung, nicht nur auf Bremen bezogen, den „unseligen Zug zur Polarisierung zwischen den Parteien“ nicht mehr. Die „unsachliche Argumentation auch innerhalb der SPD“ sei ein weiterer Grund für seinen Rücktritt.

Zum Rücktritt des Finanzsenators Jantzen erklärte Bernd Neumann, Vorsitzender der CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft: An der Weser hat schon seit mehreren Jahren der äußerste linke Flügel die wesentlichen Positionen in der SPD besetzt. Eingeweihte geben das Verhältnis der Linken und Linksaußen zu den übrigen mit acht zu fünf an. Einer von ihnen, der Landesvorsitzende Scherf, soll nun Finanzsenator werden und damit direkt über das wirtschaftliche Schicksal des Landes Bremen und indirekt über das der Bundesrepublik mitbestimmen. Ein Mann wird damit in die Runde der bundesdeutschen Finanzminister einziehen, der als Wurführer der Linken mit Sozialisierungs- und Verstaatlichungsplänen auf den Lippen, auf dem letzten SPD-Bundesparteitag kandidierte.

Bremens SPD repräsentiert die Links-

entwicklung der SPD insgesamt. Sie treibt Politiker, die wie Jantzen marktwirtschaftliche Positionen vertreten, in die Resignation oder zwingt sie zur politischen Anpassung wie bei Koschnick, dessen größter politischer Gegner nun neben ihm am Senatstisch Platz nehmen wird. Er bekam nicht nur eine schallende Ohrfeige, wie sie schlimmer kein parteipolitischer Gegner hätte aussteilen können, sondern es ist auch ein erneutes Zeichen der Ohnmacht eines Mannes, der Nachfolger Brandts werden will.

Kommunalpolitischer Nachholbedarf

Die SPD versucht hinter der Union herzulaufen. Nach großen Erfolgen der Unionsparteien bei den letzten Kommunalwahlen und zu dem Zeitpunkt, da die Union das 30jährige Bestehen ihrer Kommunalpolitischen Vereinigung begibt, gründet die SPD eine Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK). Sicher kein Zufall, daß dies in Kassel mitten im hessischen Wahlkampf geschieht, stellte Horst Wafenschmidt, Vorsitzender der KPV, fest.

Die Bedeutung der neuen SPD-Organisation wird davon abhängen, ob es ihr gelingt, die bisherige Politik der Bundesregierung zu Lasten der Gemeinden zu verändern. Die dramatischen Diskussionen zwischen dem Bundeskanzler, dem Bundesfinanzminister und den SPD-Kommunalpolitikern über das Steuerpaket haben erneut bewiesen, daß der SPD in der Bundesregierung das Verständnis für die praktischen Erfordernisse der Kommunalpolitik in den Städten und Gemeinden völlig verloren gegangen ist.

Im Hinblick auf die künftige Arbeit der SGK ist im Interesse der deutschen

Kommunalpolitik zu hoffen, daß die sozialistischen Heißsporne, die auch die Kommunalpolitik zur Gesellschaftsveränderung benutzen wollen, nicht den Einfluß gewinnen, den sie in den SPD-Gremien einiger Großstädte erlangen konnten.

„... nicht mal mehr beschimpft“

Über die Stimmung in der FDP in Hessen machte der MdB Eberhard Weghorn gegenüber dem „Spiegel“ (4. September 1978) folgende Aussage (wörtlich): „Wir werden die Wahl in den Städten verlieren, weil sich dort der Zeitgeist austobt... Wir haben fast überhaupt keine Neuaufnahmen und auf Parteianzeigen, die Bürger animieren sollen, uns zu schreiben, gibt es keine Rückläufe... Wir werden nicht mal mehr beschimpft.“

Zwangsvorstellungen

Mit dem Vorwurf von „Zwangsvorstellung“ und „Obzession“ (Besessenheit) reagierte das bayerische Innenministerium auf eine parlamentarische Anfrage des dem linken SPD-Flügel zugerechneten Abgeordneten Warneck. Der Abgeordnete wollte erfahren haben, daß zwei uniformierte Polizeibeamte mit Teleobjektiv-Kamera ein Fußballturnier der Jusos in Neuburg an der Donau fotografiert hatten. Im Innenministerium wird der Vorfall als Beispiel für eine „leichtfertige Kampagne zum Thema Überwachungsstaat“ gewertet. Die beiden „sportbegeisterten Beamten“, so die Behörde, „kurbelten am Fußballplatz das Wagenfenster herunter und fragten interessiert, wer denn da die Fußballbeine kreuzt. Die beiden Ordnungshüter konnten sich auch ohne Fotoapparat, der — im übrigen ohne Teleobjektiv — im Kofferraum ihres

Streifenwagens lag, ein Bild von dem Fußballmatch machen, das sie ungefähr fünf Minuten lang verfolgten“. Innenminister Seidl appelliert in diesem Zusammenhang an die Parteien, nicht leichtfertig ein „Klima des Mißtrauens“ zwischen Bürgern und staatlichen Sicherheitskräften zu erzeugen.

FDP stellt Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente in Frage

Es ist erschreckend, daß knapp drei Monate nach Verabschiedung des 21. Rentenangepassungsgesetz der rentenpolitische Experte der FDP, Hans-Heinrich Schmidt (Kempten), die gesetzlich fixierte Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Anpassung der Renten ab 1982 wieder in Frage stellt, erklärte MdB Heinz Franke. Offensichtlich funktioniert die Abstimmung zwischen den Koalitionspartnern SPD und FDP nicht mehr, denn sonst ist es nicht verständlich, daß nach den vielfältigen Beteuerungen der Bundesregierung im Rahmen der Beratungen des 21. RAG, zur bruttolohnbezogenen Anpassung zurückzukehren, die FDP nunmehr vorsichtig abrückt.

Die Befürchtungen der CDU/CSU, eine Rückkehr zur Bruttoanpassung sei nach der im 21. RAG erfolgten Abkehr von diesem Anpassungsmodus fraglich, scheinen sich zu bewahrheiten. Die Lohnanbindung der Renten, die Lohnersatzfunktion der Renten, würden hiermit endgültig aufgegeben. Nicht mehr Lohnentwicklung, sondern die Finanzlage der Rentenversicherungsträger sollen offensichtlich der Maßstab der Rentenangepassung werden. Schmidt (Kempten) will offensichtlich zur „Handsteuerung“ bei der Rentenangepassung übergehen.

■ LANDESPARTEITAGE

Hessen: Die Wende ist fällig

In den vergangenen zwei Wochen fanden drei Landesparteitage statt. In Kriftel im Taunus verabschiedete die CDU Hessen das Programm für die Landtagswahl, in Olsberg im Sauerland tagte der westfälische Landesverband und in Forst bei Bruchsal traf sich die CDU Baden-Württemberg. Nachfolgend die Berichte:

In Kriftel läutete die hessische CDU die heiße Phase zur bevorstehenden Landtagswahl ein. Mit Beifall wurde der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel von den Delegierten bedacht, als er in seinen Begrüßungsworten die Hoffnung ausdrückte, daß bei der nächsten Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten Alfred Dregger als hessischer Ministerpräsident in der Bonner Runde sitzen möge.

Dem Spitzenkandidaten der SPD, Holger Börner, warf Alfred Dregger Perspektivlosigkeit und Schweigen vor. „Auch in der Landtagsdebatte, als es um die von der CDU geforderte Auflösung des Unsinnsgebildes Lahnstadt ging, hat er geschwiegen. Ein Politiker, der schweigt, wenn es zu reden gilt, und der redet, wo es nichts zu entscheiden gibt, ist als Festredner geeignet, nicht aber als Regierungschef“, stellte Alfred Dregger fest.

Im Mittelpunkt des Unions-Programms, das von einem von Siegeszuversicht und Kampfgeist beherrschten Parteitag einstimmig verabschiedet wurde, steht die Bildungspolitik. Hier will die CDU

nach einem Wahlsieg eine fundamentale Kurskorrektur einleiten. Sie will die umstrittenen Rahmenrichtlinien zurückziehen und durch freiheitliche Lehrpläne ersetzen. Sie will außerdem die volle Wahlfreiheit der Eltern über den Bildungsweg ihrer Kinder wiederherstellen.

Der integrierten Gesamtschule, die in eine offene Konkurrenz mit anderen Schulformen treten soll, wird ihr Versuchscharakter zurückgegeben. Außerdem gibt die Union eine Bestandsgarantie für kleine Schulen, die nach den Vorstellungen der SPD möglichst ausradiert werden sollen.

Schließlich will ein Regierungschef Alfred Dregger auch den Geschichtsunterricht wieder einführen, die Lehrerfort- und -ausbildung auf eine neue Grundlage stellen, die Elternmitbestimmung ausweiten und die in Hessen völlig unbekannte Begabtenförderung einführen. Gleichzeitig machte der CDU-Spitzenkandidat in seiner Parteitagsrede deutlich, daß er vor allen Dingen die praktischen Mängel im Schulalltag abstellen will. Hier steht der unerträglich hohe Unterrichtsausfall im Vordergrund, dem Alfred Dregger mit der zusätzlichen Einstellung von 1 500 arbeitslosen Lehrern begegnen will.

Ein Fall wie in Hersfeld-Rotenburg, wo SPD und FDP das einzige vorhandene Gymnasium gegen den Willen der Eltern abgeschafft haben, darf sich nicht wiederholen und muß korrigiert werden, stellte Alfred Dregger fest. Wir

wollen den Kreiselternbeiräten echte Mitbestimmungsrechte einräumen. Gerichte und Behörden sind neben den Schulen der zweite große Bereich, der renoviert werden muß. In den 12 Dreggerschen Punkten für Justiz und Verwaltung geht es hauptsächlich um weniger Vorschriften, weniger bürokratischen Leerlauf, schnellere Entscheidungen und um mehr Sparsamkeit. Politik und Administration müssen zusammenwirken, um den immer größer werdenden Frustrationstau der Bürger gegenüber der Bürokratisierung unseres Lebens zu verringern.

Um klarzumachen, daß die CDU die Vereinfachung der Verwaltung institutional und von den Verfahrensgängen her anpacken will, kündigte Alfred Dregger an, daß eine von ihm geführte Landesregierung dem Landtag vorschlagen werde, die regionalen Planungsgemeinschaften und das Gesetz über den Umlandverband Frankfurt aufzuheben. Die

Abstimmung regionaler Planungsvorhaben erfordere nicht diese aufwendigen und zeitverzögerlichen Apparate. Die Regionalplanung soll bei den Regierungspräsidenten auf der Grundlage der jetzt vorliegenden Arbeiten fortgeschrieben werden. Dort können auch die Probleme des engeren Rhein-Main-Verflechtungsbereichs durch Zusammenarbeit von Land und kommunalen Trägern gelöst werden.

Nach 33 Jahren in der Regierung ist die SPD nach einer Kette von Skandalen verbraucht. Die CDU Hessen hat gute Chancen, das Machtkartell von SPD und FDP aufzubrechen. Wenn es gelingt, die 20 Prozent noch unentschlossener Wähler für die Union zu gewinnen, heißt der neue Ministerpräsident Alfred Dregger. In diesem Sinne hieß sein Schlußwort von Kriftel: Packt an! — Schafft was! — Siegt! Minutenlanger Beifall einer kämpferischen Partei für einen überzeugenden Kandidaten.

Westfalen: Änderungsanträge zum Grundsatzprogramm

Die westfälische CDU wird auf dem Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen ein Paket von Änderungsanträgen zum Grundsatzprogramm einbringen. Schwerpunktmaßig hat der zweitgrößte Landesverband der CDU Fragen aus dem Bereich der Gesellschafts- und Sozialpolitik aufgegriffen, weil — so formulierte Landesvorsitzender Kurt H. Biedenkopf — auf diesen Sektoren Ergänzungen, Fortschreibungen und Präzisierungen erforderlich sind.

Der Landesvorstand der westfälisch-lippischen CDU hatte die Änderungsanträge dem 34. Landesparteitag Anfang September in Olsberg vorgelegt. Der herausragende Punkt der Änderungswünsche betrifft den Generationenvertrag, der — so Biedenkopf — „naturgemäß das ganze Schicksal unseres Landes und unseres Volkes berührt“. Die Änderungsanträge des Landesvorstandes an den Bundesparteitag finden in ihrer endgültigen Fassung die breite Mehrheit aller Gruppen und Vereinigungen des Landesverbandes.

Der westfälischen CDU geht es darum,

Familien- und die Sozialpolitik, die Rentenproblematik und die Bevölkerungspolitik in einen ordnungspolitischen Zusammenhang zu bringen. Es soll künftig Inhalt des Grundsatzprogramms der CDU sein, daß neben den Rentnern und den derzeit Berufstätigen die dritte, die junge Generation durch eine „aktive, starke Familienpolitik“ wieder so stark gemacht wird, daß sie die Altersversorgung der heute mittleren Generation auch morgen noch aufbringen können.

Die Frau soll dadurch einen eigenständigen Anspruch an Alterssicherung erhalten, daß sie als Mutter Kinder großzieht. Damit sollen Hausfrauenaktivität und Kindererziehung als Berufstätigkeit mit allen Ansprüchen auf soziale Sicherung anerkannt werden.

Sowohl Kurt Biedenkopf als auch der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW, Heinrich Köppler, machten deutlich, daß die Regierungskoalition in Düsseldorf und Bonn nicht mehr in der Lage seien zu regieren. Was sich im Zusammenhang mit der Diskussion über die Lohnsummensteuer abspiele, spotte jeder Beschreibung.

Wenn sich Hunderte von Spitzenpolitkern der SPD und der FDP wochenlang damit beschäftigten, einen Kabinettsbeschuß über die Lohnsummensteuer politisch durchzusetzen, so sei dies der traurigste Beweis der Unfähigkeit, unser Land zu regieren.

Die westfälische CDU kündigte an, landes- und kommunalpolitisch in die Offensive zu gehen. Dies will sie unter anderem dadurch deutlich machen, daß in den Städten des Ruhrgebiets eigene Oberbürgermeister-Kandidaten der CDU aufgestellt werden. Mit einem zweiten oder dritten Platz wird sich die Union in den Städten des Ruhrgebietes nicht mehr zufriedengeben.

Ausführlich beschäftigte sich Kurt Biedenkopf in seinem Bericht mit der Diskussion um den Westdeutschen Rundfunk. Er führte wörtlich aus: „Es steht außer Frage, daß Rundfunk und Fernsehen in der Medienlandschaft aus mehreren Gründen eine Sonderstellung haben. Sie besitzen als öffentlich-rechtliche Anstalten ein Monopol. Konkurrenz findet praktisch nicht statt. Sie finanzieren sich über Gebühren, die den Charakter von Steuern haben, denn die Bürger sind auf Rundfunk und Fernsehen angewiesen. Es sei unbestreitbar, daß Rundfunk- und Fernsehsendungen zu politischen Fragen einen wesentlichen Einfluß auf die Willensbildung der Bevölkerung nehmen. Die Möglichkeit dieser Einflußnahme auf politische Willensbildung durch den WDR werde nur geleugnet, weil man der Diskussion um die Frage nach den Konsequenzen einer solchen Einflußnahme ausweichen wolle.“

Kurt Biedenkopf kündigte an, daß die CDU die Diskussion um die organisatorische Gestaltung der Rundfunk- und Fernsehanstalten mit Entschiedenheit forsetzen werde. Die Kreisparteien der westfälischen CDU sollen gebeten werden, für ihre Bereiche zwei bis drei Medien-Beauftragte auszuwählen, die politische und andere Sendungen des WDR regelmäßig beobachten. Der Kreis dieser Medien-Beauftragten wird sich dann zwei- bis dreimal jährlich treffen, um Erfahrungen auszutauschen und mit den Gremienmitgliedern zu diskutieren. Die westfälische CDU will sich dadurch selbst in die Lage versetzen, aufgrund längerer Beobachtung fundierte Urteile über die Erfüllung einer Verantwortung durch den WDR zu gewinnen, die nicht der Disposition der Rundfunk- und Fernsehanstalten selbst überlassen werden.

Baden-Württemberg: Jetzt den Blick nach vorn richten

Vom Parteitag der CDU Baden-Württemberg gibt der Landesvorsitzende Hans Filbinger folgenden Bericht:

Der 11. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Forst ist vorüber. Ich hatte bei seinem Beginn die Parole ausgegeben: Kurs halten — zusammenstehen — Erfolge haben. Dies ist in ganz ungewöhnlichem Maße gelungen.

Die Rede von Ministerpräsident Lothar Späth hat sich in Inhalt und Sprache, in den Schwerpunkten wie im kämpferischen Einsatz in nichts von dem unterschieden, was schon bisher unser Kurs war. Der Parteitag hat es ihm in eindrucksvoller Weise gedankt und Lothar Späth auf der Grundlage dieser Übereinstimmung einen ermutigenden Vertrauensvorschuß gegeben.

In allen Reden dieser Tage kam zum Ausdruck:

— Wir sind für die Soziale Marktwirtschaft und stehen dabei auf der Seite des Steuerzahlers, des Mittelstandes, des ländlichen Raumes und anderer Bereiche, die vom Sozialismus vernachlässigt werden.

— Wir sorgen für mehr Sicherheit durch mehr Polizei und schärfere Gesetze.

— Wir verteidigen engagiert den Radikalbeschluß.

— Wir bekennen uns zur Familie — und das nicht nur mit leeren Worten.

— Wir sagen der Bürokratisierung den Kampf an.

— Wir wollen die Vermenschlichung und Entkampfung durch eine innere Schulreform.

— Wir bauen wie bisher die Chancen der jungen Generation aus und bekämpfen die Arbeitslosigkeit mit konkreten, marktkonformen Mitteln.

— Wir sichern die Energieversorgung, indem wir auch die Kernenergie befürworten.

— Wir wollen dem Bürger die Möglichkeit sichern, sich in seiner Umwelt, der Stadt, der Natur, dem Vereinsleben und den Kommunen wohlzufühlen und sie auch gefühlsmäßig zu bejahren.

Über alle diese und andere Punkte bestand vollkommene Übereinstimmung. Unser politischer Gegner wird es deshalb nicht einfach haben. Wir haben ihn ins Visier genommen. Denn in allen diesen Punkten ergeben sich klare Unterschiede zur SPD und FDP. Entsprechend deutlich waren die Absagen, die alle Redner dieses Parteitages — am engagiertesten gewiß Lothar Späth selbst — den Ideologien des 19. Jahrhunderts erteilt haben — und die Delegierten haben dies zu Recht bejubelt.

An die Geschlossenheit wurde während dieser beiden Tage nicht einfach appelliert — das wäre nur ein Zeichen von Befürchtungen gewesen. Nein, diese Geschlossenheit haben wir bewiesen und zum Ausdruck gebracht in allem, was auf diesem Parteitag geschehen ist. Die Presse hat dies mit geradezu ungläubigem Staunen registriert. So hat es von keiner Seite aus unfruchtbare Diskussionen über die Ereignisse der

letzten Wochen gegeben. Alle Redner, ob Erwin Teufel oder Lothar Späth, ob Rudolf Eberle oder Manfred Rommel oder ob Helmut Kohl, alle haben dieselbe beherzte Sprache gesprochen, alle haben dieselben Ziele verfolgt und sich zur Zusammenarbeit bekannt. Es gab und gibt in der CDU keine Flügel, keine Lager, die sich persönlich oder ideell verfeindet gegenüberstehen.

Und dies — obwohl wir es durchaus nicht an Diskussionen auf diesem Parteitag haben fehlen lassen. Aber es waren — im Unterschied zu den Konflikten, mit denen SPD und FDP heute leben müssen — sachliche Meinungsverschiedenheiten (etwa beim Grundsatzprogramm oder auch bei den Satzungsfragen), die mit dem Willen zur Einigung und auf dem festen Boden gemeinsamer Grundaüliegen gelöst worden sind. Wir sind liberal und konservativ, christlichem Wert verpflichtet und zupackend wo es nötig ist. Dazu gibt es bei der CDU Baden-Württemberg keine Alternative.

Ich selbst habe meinen Beitrag zur Geschlossenheit der Partei geliefert, den ich hier, für alle Mitglieder unserer CDU, noch einmal wiederholen möchte:

„Mit diesem Parteitag ist die Vergangenheit abgeschlossen. Wir schlagen ein neues Blatt in der Parteigeschichte auf. Und wir richten jetzt den Blick nur noch nach vorne.“

Erfolge haben — auch dieser Parole sind wir auf dem Parteitag gerecht geworden. Zunächst: Nach der hie und da gedrückten Stimmung der letzten Wochen ist ein Ruck durch die Partei gegangen, die sich ihres Auftrags, ihrer Stärke, ihrer Chancen wieder bewußt geworden ist. Die CDU ist innerlich gestärkt aus dem Parteitag hervorgegangen. Sie hat zu jenem Selbstvertrauen

zurückgefunden, das ihrer Stärke entspricht und das sie für die zukünftigen Auseinandersetzungen braucht.

Daran hat auch Helmut Kohl mit einer hervorragenden, kämpferischen und pointierten Rede seinen Anteil gehabt. Wie er der Bundesregierung ihre praktische und moralische Schwäche nachgewiesen hat — das war so recht nach dem Geschmack der Delegierten, die ihm, — wie umgekehrt er auch uns — die volle Solidarität bekundet haben.

Erfolge werden wir in den kommenden Wahlen nötig haben — und ich bin sicher: Wir werden sie auch erzielen. Unser Landesverband steht vor der größten Herausforderung seiner Geschichte. In etwas mehr als einem Jahr muß er Wahlen zum Europa-Parlament, zum Bundestag, zum Landtag und zu den Kreis- und Gemeinderäten erfolgreich bestehen. Dies ist eine ganz ungewöhnliche Belastung. Aber die Partei kann sich sagen, daß sie noch jede wichtige Schlacht gewonnen hat und daß sie in diesen Tagen sogar sich selbst überwunden hat. Alle unsere Energie können wir jetzt ungeteilt auf die großen Themen der kommenden Zeit ausrichten. Diese Themen lauten:

— Wird in Europa dem Eurokommunismus der Einfluß verwehrt bleiben?

— Erreichen wir nach 10 Jahren endlich die Wende in Bonn?

— Bleibt unser geliebtes Baden-Württemberg das klassische Land der CDU?

— Bauen wir unsere Position in den Kommunen aus?

Ich sage zu allen vier Fragen: Ja.

Ja, wir schaffen es, weil und so lange wir uns dabei nicht selbst im Wege stehen. Auch für morgen gilt: Kurs halten — zusammenstehen — Erfolge haben.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 DX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Gut für Berlin

Richard von Weizsäcker scheint der Mann zu sein, der dank seiner hohen intellektuellen und patriotischen Reserven von Berlin her deutschlandpolitische Akzente zu setzen vermag, die auch in Washington und Moskau respektiert werden.

Berliner Morgenpost, 11. 9. 1978

Mit der Berufung des christdemokratischen Spitzenmannes Richard von Weizsäcker ist der Berliner CDU ein Donnerschlag gelungen, der geeignet ist, bei SPD und FDP die Ohren dröhnen zu lassen.

Spandauer Volksblatt, 9. 9. 1978

Weizsäcker besitzt auch die Qualität, den mit der Berliner Situation verbundenen Reibereien mit Ost-Berlin und der Sowjetmacht ohne lokalpolitische Aufgeregtheit zu begegnen. Er ist engagierter Befürworter eines funktionieren-

den Ost-West-Ausgleichs, bei dem jedoch die menschlichen Erleichterungen nicht zu einem Anhängsel des Macht- effekts werden dürfen.

Frankfurter Neue Presse, 11. 9. 1978

Indem Richard von Weizsäcker dafür gewonnen werden konnte, für die Berliner CDU ins Feuer zu gehen, ist zumindest von einem Tag zum anderen erreicht, daß das Niveau der politischen Debatte und Auseinandersetzung sich in dieser Stadt zu heben vermag.

Tagespiegel, 11. 9. 1978

Was die Strategie angeht, so hat Kohl mit der Überraschungskandidatur Weizsäckers die innenpolitische Lage in West-Berlin jäh verändert. Bisher galt das Rennen im März nächsten Jahres für den Regierenden Bürgermeister Stobbe schon als gelaufen ... Die Offerte eines prominenten und als liberal bekannten Mannes wie Weizsäcker könnte nicht nur diese Rechnung durchkreuzen, sondern auch die links- lastige Berliner FDP in erhebliche Schwierigkeiten bringen.

Frankfurter Allgemeine, 11. 9. 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argen- landerstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD